

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Senior*innen

DGB

senior*innen

Senior*innenpolitische Konferenz

Stark im Alter – Auf uns kommt es an!

28.-29. Oktober 2025 in Berlin



DGB/Marco Urban



DGB/Marco Urban

Inhalt

Vorträge und Ergebnisse.....	4
Zentrale Aussagen des Interviews mit Anja Piel, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB	4
Vortrag „Ageismus in den Köpfen“ mit Prof. Dr. Klaus Rothermund, Friedrich-Schiller-Universität Jena	5
Workshops Gruppen A - D: Kurze Zusammenfassung	6
A: Arbeiten parallel zur Altersversorgung.....	6
B: Kommunale Senior*innenpolitik	8
C: Digitale Teilhabe	10
D: Altersbilder.....	12
Vorträge und Ergebnisse.....	15
Grußwort Dr. Regina Görner, Vorsitzende der BAGSO	15
Gesundes Altern die Gestaltung einer altersfreundlichen Stadt/ Kommune mit Miriam Boger, Bundeskoordinatorin und Rahel Goedeke, Netzwerkkoordinatorin „Leben im Kiez“, Gesunde Städte-Netzwerk	15
Wie beeinflusst der ÖGB die Lebenssituation älterer Menschen in Österreich" mit Monika Kemperle, Vorsitzende der Bundespensionist:innen.....	16
Zusammenfassung und Ausblick – Gemeinsam für ein gutes Altern	17



DGB/Marco Urban



DGB/Marco Urban

Vorträge und Ergebnisse

Zentrale Aussagen des Interviews mit [Anja Piel](#), Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB



DGB/Marco Urban

Es ist gut, dass Senior*innen sich in den Gewerkschaften und im DGB einbringen. Das ist Ausdruck von gelebter Vielfalt, die den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auszeichnen.

In unserer Vielfalt entwickeln wir die Kraft, die Themen, die uns bewegen nach vorne zu diskutieren. Ob Gesundheit, Pflege, Wohnen, Mobilität, Altersdiskriminierung – wir sind überall am Start. In unserer Zusammenarbeit entsteht und wächst Solidarität. Gemeinsam setzen wir uns ein gegen die gesellschaftliche Spaltung, die von rechts Ängste schürt

und Gruppen und Alterskohorten gegeneinander aufstellt.

Die zentralen gesellschaftlichen Konflikte und Herausforderungen sind nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Reich und Arm. Statt eine Debatte über ein soziales Pflichtjahr für ältere Menschen, brauchen wir Debatten zur Umverteilung, zur Erhöhung der Erbschaftssteuer und zur Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer.

Der Schlüssel für eine gute, auskömmliche Rente, für gute, verlässliche Gesundheitsversorgung und eine bezahlbare und menschenwürdige Pflege und bezahlbares Wohnen für alle ist ein starker und gerecht und solidarisch finanzierter Sozialstaat. Dafür hat der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften gute Konzepte und Forderungen entwickelt, die wir gemeinsam nach vorne tragen, für die wir gemeinsam streiten.

In die Sozialstaatsdebatte, aber auch in die Debatte der Staatsmodernisierung, die im Wesentlichen einer Debatte über Digitalisierung von Verfahren und Zugängen zu Behörden und Institutionen ist, bringen wir die Perspektive der älteren Menschen ein, damit niemand durch eine Strategie, alles nur digital anzubieten, abgehängt wird. Es wird immer Menschen geben, die einen analogen Zugang brauchen¹.

Aus Einheit in der Vielfalt erwächst unsere Stärke. Die wollen wir gemeinsam einsetzen, um die Lebensumstände der Jungen und der Alten zu verbessern.

¹ In einer Abstimmung über die Digitalisierung der Verwaltungen hat sich RLP als einzigen Bundesland für die Strategie: [digital first](#) (digital zuerst) ausgesprochen. Alle anderen Bundesländer wollen dem Weg digital only (nur digital) einschlagen.

Vortrag „Ageismus in den Köpfen“ mit Prof. Dr. Klaus Rothermund, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Von Armut besonders betroffen sind ältere nicht deutsche Frauen mit über 40 Prozent im Verhältnis zu Gesamtbevölkerung (18,3 Prozent).



DGB/Marco Urban

Alter sitzt am Steuer des Lebens und sagt uns, was wir tun oder lassen sollen. Es geht also darum, wie sehe ich das Thema Alter schon in jüngeren Jahren, wie sehe ich mich im Alter: je positiver mein Bild von älteren Menschen in jungen Jahren ist, desto positiver werde ich auch im Alter mir selbst gegenüberstehen.

Bildungsangebote für ältere Menschen müssen dringend ausgebaut werden (Thema Bildung wird der Schwerpunkt des 10. Altersberichts sein).

Wenn wir Ehrenamt fördern wollen, dann schon in jungen Jahren – denn wer sich im Alter engagiert, hat es in der Regel auch schon vorher getan.

Wohnen ist entscheidend für die Teilhabe → sozialer Wohnungsbau ist nötig.

Wir altern alle, aber wie wir das erleben, das ist die Kernfrage. Altern passiert auch in unserem Kopf, nicht nur in unserem Körper. Unsere Vorstellung zum

Workshops

Gruppen A – D: Kurze Zusammenfassung

A: Arbeiten parallel zur Altersversorgung

1. Politische Maßnahmen gegen Altersarmut

Die Bekämpfung von Altersarmut erfordert strukturelle Reformen, wie verpflichtende Aufklärung, eine Ausweitung der Versicherungs- und Rentenpflicht für alle Erwerbsformen, bessere Bezahlung in Care-Berufen, Einführung bzw. Anhebung des Mindestlohns sowie gezielte steuerliche Entlastungen für untere und mittlere Einkommen.

Eine stärkere Anerkennung und Aufwertung unbezahlter Sorgearbeit, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege sowie gezielte Unterstützung von Frauen sind entscheidend.

Maßnahmen wie Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit, Beseitigung von Hürden im Renten- und Sozialsystem sowie die Bekämpfung prekärer Beschäftigung werden als wichtig angesehen.

2. Unterstützung für sinnstiftende Tätigkeiten im Alter

Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften sollten niedrigschwellige Zugänge, Ehrenamtskarten, Senior*innenräte und Begegnungsorte schaffen und fördern.

Wissenstransfer, Aktivierung von Senior*innen in den Gewerkschaften und eine gezielte Wertschätzung für freiwilliges Engagement helfen, sinnvolle Tätigkeiten zu finden.

Sozialräume und Netzwerke müssen gestärkt werden, und es braucht mehr gesellschaftlichen Diskurs zur Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit.

3. Rahmenbedingungen für selbstbestimmtes Arbeiten im Alter

Damit Arbeit im Ruhestand nicht aus Not geschieht, sind faire, altersgerechte Arbeitsbedingungen wichtig sowie die Möglichkeit, Tätigkeiten freiwillig und flexibel zu gestalten.

Automatisierte Antragsstellung, bessere Beratungsangebote und erweiterte soziale Leistungen würden Selbstbestimmung fördern.

Entbürokratisierung, gezielte Prävention (z. B. betriebliches Eingliederungsmanagement/BEM) und Anerkennung nicht-monetärer Reize (z. B. Sinnhaftigkeit) sind zentrale Punkte.



B: Kommunale Senior*innenpolitik

1. Wie erlebst du die politische Teilhabe von Senior*innen in deiner Kommune?

Senior*innenbeiräte gibt es zwar oft, ihre Wirksamkeit wird aber skeptisch gesehen; sie sind vielerorts wenig einflussreich.

Viele empfinden einen geringen Einfluss alter Menschen im politischen Prozess, teils wird die Legitimation von Senior*innengremien als verbesserungswürdig erlebt.

Teilhabe ist formal möglich (z. B. Anträge einbringen), wird aber als nicht ausreichend ermächtigend empfunden („Graue Panther ohne Zähne“).

2. Was fehlt dir an der Mitgestaltung älterer Menschen vor Ort?

Es fehlen ausgebaute demokratische Strukturen und eine echte Beteiligungspflicht für alle Beteiligten.

Senior*innen sollten stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, z. B. durch analoges Wahlrecht oder beratende Beteiligung bei lokalen Maßnahmen.

Die Bedürfnisse und Lebenslagen älterer Menschen werden oft zu wenig berücksichtigt, es fehlt ein systematischer Einbezug in Entwicklungen vor Ort.

3. Wie kannst du dich aktiv für die Interessen von Senior*innen einsetzen?

Wichtig ist die aktive Mitarbeit in Gremien, Parteien und Initiativen sowie die Nutzung bestehender Mitwirkungsrechte (Beteiligung an Senior*innenvertretungen, Gremien, BAGSO, lokale Projekte).

Mehr generationenübergreifende Zusammenarbeit und Aufmerksamkeit für unterschiedliche Lebenslagen werden als zentrale Hebel gesehen.

Die gesetzliche Verankerung von Senior*inneneinfluss, gezielte Stärkung von Beratungs- und Begegnungsangeboten (z. B. „Gemeindeschwester Plus“), sowie öffentliche Präsenz im kommunalen Raum sind wichtige Ansatzpunkte.



DGB/Marco Urban



DGB/Marco Urban

C: Digitale Teilhabe

1. Wie erlebst du die zunehmende Digitalisierung in Gewerkschaften?

Die Digitalisierung wird als überfordernd, wenig barrierefrei und durch viele Hürden geprägt erlebt, etwa beim Zugang zu Technik und Angeboten.

Es besteht große Unsicherheit beim Umgang mit digitalen Anwendungen; insbesondere fehlen Schulungen, niedrigschwellige Kommunikation und persönliche Ansprache.

Viele digitale Lösungen sind nicht an die Bedürfnisse älterer Mitglieder angepasst; Informationswege sind oft zu komplex oder schlecht erreichbar.

2. Was brauchst du, um digitale Angebote der Gewerkschaften zu nutzen?

Angebote müssen barrierefrei, verständlich und auch analog verfügbar sein, damit niemand ausgeschlossen wird.

Sicherheit im Umgang mit Sozialen Medien, Datenschutz („Videokonferenzen etc.“) sowie gezielte und persönliche Unterstützung (z. B. Hotline, Ansprechpartner*innen) sind zentrale Bedarfe.

Auch die technische Ausstattung und Zugang (Endgeräte), sowie einfache Tools zum Wissensaustausch sind wichtig.

3. Was kann die Gewerkschaft tun, um digitale Teilhabe zu fördern?

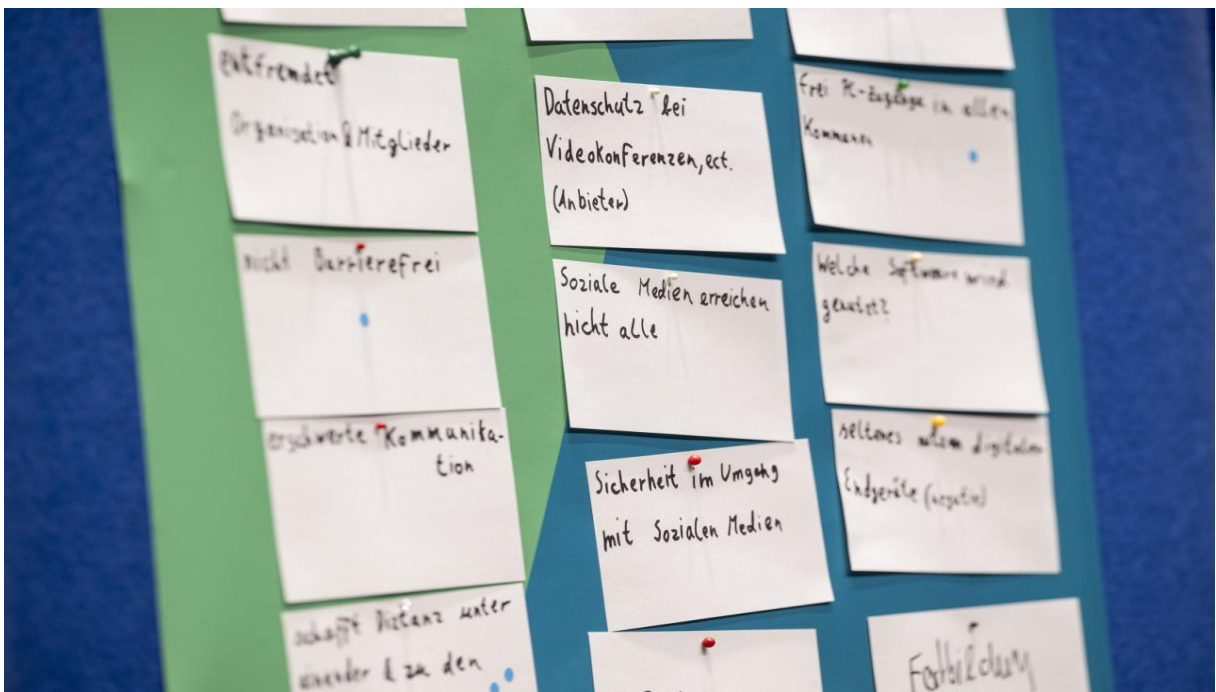
Die Gewerkschaften sollten stärker auf individuelle Bedürfnisse eingehen, hybride Angebote schaffen und gezielte Qualifizierungen/Schulungen anbieten.

Kostenlose oder bezuschusste Endgeräte sowie technische und persönliche Unterstützung werden als notwendig erachtet, um allen digitale Teilhabe zu ermöglichen.

Kooperationen mit Bibliotheken, Plattformen oder anderen Bildungsträgern sowie zentrale Informationsstellen und digitale Öffentlichkeitsarbeit werden empfohlen.



DGB/Marco Urban



DGB/Marco Urban

D: Altersbilder

1. Wie erlebst du das Alter in den Gewerkschaften?

Ältere werden oft nicht ausreichend wertgeschätzt oder einbezogen; ihr Potenzial wird zu wenig genutzt und ihr Beitrag nicht immer anerkannt.

Viele ältere Mitglieder fühlen sich abgeschieden oder als „Kostenfaktor“ und kritisieren, dass die Hauptamtlichen sie nicht genügend mitnehmen.

Es gibt aber auch positive Erfahrungen mit Anerkennung und der Wahrnehmung des Alters als Potenzial.

2. Was fehlt dir am Altersbild in den Gewerkschaften?

Generationendialog (alt vs. jung) wird oft nicht gelebt, die Stimmen der Älteren finden wenig Gehör.

Es fehlt an Präsenz älterer Menschen in Gremien, am Wissensaustausch und an vollwertiger Teilhabe im Bildungsbereich.

Die Organisationen haben noch Defizite in Wahrnehmung und Ressourcen für Senior*innen.

3. Was kannst du aktiv gegen Altersdiskriminierung tun?

Wichtige Ansätze sind Vernetzung mit Jüngeren, Sichtbarmachung, Nutzung der eigenen Mitwirkungsrechte und das Einfordern von Rückhol-Optionen in Projekten.

Teilhabe und Stammberechtigung sowie die Bekämpfung von Stereotypen sind zentrale Themen.

Es braucht gezielte Kandidaturen in Senior*innenräten, politische Lobbyarbeit und die Durchsetzung von Rechtsansprüchen, insbesondere im Bereich sozialer Absicherung und Gleichstellung.



DGB/Marco Urban



DGB/Marco Urban



DGB/Simone M. Neumann



DGB/Simone M. Neumann

Vorträge und Ergebnisse

Grußwort [Dr. Regina Görner](#), Vorsitzende der BAGSO



DGB/Simone M. Neumann

Die BAGSO steht in engem Austausch mit der neuen Bundesregierung, insbesondere zu Fragen der Digitalisierung aus Nutzer*innenperspektive. Beim Thema Pflege fordert sie mehr Prävention, Rehabilitation und ein übergreifendes Denken von Kranken- und Pflegeversicherung, statt getrennter Zuständigkeiten.

Das geplante soziale Pflichtjahr für Rentner*innen wird kritisch begleitet.

Mit dem „Tag der älteren Menschen“ am 1. Oktober unter dem Motto „Ja, zum Alter“ hat die

[BAGSO](#) dieses Jahr erstmalig und erfolgreich die Mitgliedsverbände zur aktiven Beteiligung motiviert und ihre Vernetzung und Sichtbarkeit gestärkt.

Gesundes Altern die Gestaltung einer altersfreundlichen Stadt/ Kommune mit Miriam Boger, Bundeskoordinatorin und Rahel Goedeke, Netzwerkkoordinatorin „Leben im Kiez“, Gesunde Städte-Netzwerk



DGB/Simone M. Neumann

Ein Abgleich mit der DGB-Homepage zeigt, dass die dortigen Aussagen und Themen zu Senior*innen nahtlos mit den Zielen des Netzwerks übereinstimmen. [Gesunde Städte](#) bedeutet auch altersfreundliche Stadtgestaltung (z. B. Stuttgart). Verlässliche Partner sind die Senior*innenbeiräte oder die gesundheitsförderliche Selbsthilfe. Als erstes braucht es einen Ratsbeschluss, dass die eigene Kommune Mitglied im Gesunde-Städte-Netzwerk werden soll, dann kann dieser Beschluss ein guter Anker für kommunale Senior*innenpolitik sein.

Die Präsentation erklärt eingehend, wie das Gesunde Städte Netzwerk als Vehikel für eine kommunale Senior*innenpolitik genutzt werden kann. Und selbst wenn eine finanzschwache Kommune derzeit nicht Mitglied wird, so sind die aufzurufenden Themen für Senior*innen klar benannt.

Wie beeinflusst der ÖGB die Lebenssituation älterer Menschen in Österreich" mit [Monika Kemperle](#), Vorsitzende der Bundespensionist:innen

Die ÖGB Pensionist:innen sind ziemlich anders aufgestellt als die Senior*innenpolitik im DGB. Der ÖGB übernimmt viele Aufgaben, die im DGB bei den Mitgliedsgewerkschaften liegen. Politisch sind die ÖGB Pensionist:innen auch Teil eines österreichischen Netzwerkes und Mitglied des



DGB/Simone M. Neumann



[österreichischen Seniorenrats](#) (nicht mit der BAGSO in Deutschland zu vergleichen, wir haben diese Struktur als Rat nicht).

Thematisch ist die Arbeit des ÖGB für Senior*innen sowohl Arbeit mit den Senior*innen als auch Senior*innenpolitik. Ein Thema, was von den Senior*innen in den ÖGB und die Mitgliedsgewerkschaften gebracht wurde und seit drei Jahren immer besser läuft, ist das Thema Pflegenotstand

unter dem Titel [„In der Not sind wir ohne Pflege tot!“](#).

Zusammenfassung und Ausblick – Gemeinsam für ein gutes Altern

Markus Hofmann (Abteilungsleiter Sozialpolitik) schloss die Konferenz. Er fasste zusammen, dass in den vergangenen zwei Tagen auf dieser Konferenz wertvolle Impulse erarbeitet wurden



DGB/Marco Urban



– von praktischen Projekten bis hin zu klaren politischen Forderungen. Themen wie altersfreundliche Städte, soziale Gerechtigkeit und die Teilhabe aller Generationen sind auch Themen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Deutlich wurde: Gesundes Altern gelingt nur gemeinsam. Es brauche das Engagement von Kommunen, Gewerkschaften und Politik, um die Lebensqualität älterer Menschen nachhaltig zu sichern. Dabei ginge es auch darum, Altersbilder neu zu denken und Vorurteile abzubauen.

Unsere gewerkschaftlichen Forderungen sind und bleiben folgende: Wir brauchen einen starken Sozialstaat ohne Kürzungen bei Rente oder Pflege. Es muss in Zukunft eine zentrale Anlaufstelle für Anträge – etwa zu Reha, Rente oder Wohngeld geben, die den Zugang zu Leistungen deutlich erleichtert. Die Politik ist gefordert, Generationengerechtigkeit nicht als Konflikt, sondern als gemeinsame Aufgabe zu begreifen.

Doch nicht nur Politik und Institutionen sind gefragt – jede und jeder von uns kann diese Themen vorantreiben: in der eigenen Kommune, im persönlichen Umfeld oder durch politisches Engagement



DGB/Marco Urban



DGB/Marco Urban

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Abteilung Sozialpolitik
Keithstraße 1
10787 Berlin

seniorenpolitik.bvv@dgb.de

www.dgb.de/senioren

November 2025